

## Das Wichtigste

aus dem Steuerrecht

März 2016

---

### Inhaltsverzeichnis

1. **Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus gebilligt**
2. **„Gemischt genutzte Räume“ sind keine Arbeitszimmer**
3. **Finanzverwaltung lässt Aufstockung von Investitionsabzugsbeträgen in einem Folgejahr zu**
4. **Unterschiedliche Besteuerung von Erstattungs- und Nachzahlungszinsen vor dem Bundesverfassungsgericht**
5. **Verfassungsbeschwerden gegen das Alterseinkünftegesetz ohne Erfolg**
6. **EuGH: Zur Umsatzsteueraufteilung bei gemischt genutztem Gebäude**
7. **Befreiung von der Zweitwohnungsteuer für aus beruflichen Gründen gehaltene Nebenwohnung eines Verheirateten**
8. **Kapitalabfindungen aus Direktversicherung und Sofortrenten sind krankenversicherungspflichtig**

#### 1. **Gesetzentwurf zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus gebilligt**

Am 3.2.2016 billigte das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Einführung der steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus. Damit soll die Schaffung neuer Mietwohnungen im unteren und mittleren Preissegment in ausgewiesenen Fördergebieten steuerlich begünstigt werden.

- Der Gesetzentwurf sieht dafür die Einführung einer zeitlich befristeten, degressiven Sonderabschreibung für die Anschaffung oder Herstellung neuer Mietwohngebäude in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt vor, die auch für mittlere und untere Einkommensgruppen bezahlbar sind. Wohnungen mit hohem Standard und Ge-

schäftsräume werden vollständig von der Maßnahme ausgeschlossen.

- Die Förderung setzt nach dem derzeitigen Gesetzentwurf die Einhaltung einer Baukostenobergrenze von 3.000 € je Quadratmeter Wohnfläche voraus, von der maximal 2.000 € je Quadratmeter Wohnfläche gefördert werden sollen.
- Die Sonderabschreibung soll im 1. und 2. Jahr 10 % und im 3. Jahr 9 % betragen und neben der normalen linearen AfA möglich sein, sodass sich nach 3 Jahren bereits 35 % der Investition steuermindernd auswirken könnten.
- Die begünstigten Flächen müssen mindestens 10 Jahre der Vermietung zu Wohnzwecken dienen.
- Zum Fördergebiet gehören nur Gemeinden mit Mietstufen IV bis VI, deren Mietenniveau um mindestens 5 % oberhalb des Bundesdurchschnitts liegt. Zusätzlich werden auch Gebiete

mit Mietpreisbremse und Gebiete mit abgesenkter Kappungsgrenze in das förderfähige Gebiet einbezogen.

- Die Förderung soll zeitlich auf Baumaßnahmen begrenzt werden, mit denen in den Jahren 2016 bis 2018 begonnen wird. Maßgebend ist der Bauantrag oder die Bauanzeige. Die Sonderabschreibung wird letztmalig im Jahr 2022 möglich sein.

**Anmerkung:** Der Gesetzentwurf wird voraussichtlich alle parlamentarischen Hürden zügig passieren. Über den Werdegang bzw. die endgültige Verabschiedung halten wir Sie über dieses Informationsschreiben auf dem Laufenden.

## 2. „Gemischt genutzte Räume“ sind keine Arbeitszimmer

Aufwendungen für häusliche Arbeitszimmer sind nur unter der Voraussetzung steuerlich abziehbar, dass für die betriebliche oder berufliche Tätigkeit kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Die Höhe der abziehbaren Aufwendungen ist dabei grundsätzlich auf 1.250 € im Jahr begrenzt. Ein darüber hinaus gehender Abzug ist nur möglich, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Betätigung bildet.

**Ein häusliches Arbeitszimmer setzt voraus, dass es sich um einen büromäßig eingerichteten Raum handelt, der ausschließlich oder nahezu ausschließlich für betriebliche oder berufliche Zwecke genutzt wird. Fehlt es hieran, sind die Aufwendungen hierfür insgesamt nicht abziehbar. Damit scheidet eine Aufteilung und anteilige Berücksichtigung im Umfang der betrieblichen oder beruflichen Verwendung – aus.** Das trifft insbesondere auch bei einer sog. „Arbeitsecke“ zu. Dies hat der Große Senat des Bundesfinanzhofs mit Beschluss vom 27.7.2015 festgelegt.

Im entschiedenen Fall war streitig, ob Kosten für einen Wohnraum, der zu 60 % zur Erzielung von Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und zu 40 % privat genutzt wird, anteilig als Werbungskosten abziehbar sind. Der Große Senat begründet seine negative Entscheidung damit, dass der Gesetzgeber ausdrücklich an

den herkömmlichen Begriff des „häuslichen Arbeitszimmers“ angeknüpft hat, der seit jeher voraussetzt, dass der Raum wie ein Büro eingerichtet ist und ausschließlich oder nahezu ausschließlich zur Erzielung von Einnahmen genutzt wird.

## 3. Finanzverwaltung lässt Aufstockung von Investitionsabzugsbeträgen in einem Folgejahr zu

Mit Urteil vom 12.11.2014 entschied der Bundesfinanzhof, dass ein Investitionsabzugsbetrag in der Fassung des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 in einem Folgejahr innerhalb des dreijährigen Investitionszeitraums bis zum gesetzlichen Höchstbetrag aufgestockt werden kann.

Die Finanzverwaltung, die eine andere Meinung vertreten hatte, wendet das Urteil nunmehr für die Erhöhung (Aufstockung) **von Investitionsabzugsbeträgen, die in vor dem 1.1.2016 endenden Wirtschaftsjahren in Anspruch genommen worden sind**, allgemein in allen noch offenen Fällen unter folgenden Voraussetzungen an:

- **Maßgebende Betriebsgrößenmerkmale:** Die Erhöhung eines in einem Vorjahr für eine bestimmte Investition beanspruchten Investitionsabzugsbetrages setzt voraus, dass das maßgebende Größenmerkmal auch am Ende des Wirtschaftsjahres nicht überschritten wird, in dem die Erhöhung berücksichtigt werden soll.

Das sind zzt. bei bilanzierenden Gewerbebetrieben oder der selbstständigen Arbeit dienenden Betrieben, ein Betriebsvermögen von 235.000 €, bei Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ein Wirtschaftswert oder ein Ersatzwirtschaftswert von 125.000 € oder bei Betrieben, die ihren Gewinn nach § 4 Absatz 3 ermitteln, ohne Berücksichtigung der Investitionsabzugsbeträge ein Gewinn von 100.000 €.

- **Maßgebender Investitionszeitraum:** Die dreijährige Investitionsfrist beginnt mit Ablauf des Wirtschaftsjahres, in dem ein Investitionsabzugsbetrag für ein begünstigtes Wirtschaftsgut erstmals geltend gemacht wird. Eine Erhöhung des Abzugsbetrages in einem

Folgejahr verlängert den Investitionszeitraum nicht.

- **Zeitpunkt der Inanspruchnahme von Erhöhungsbeträgen:** Eine Erhöhung scheidet aus, wenn die Investitionsfrist bei Antragstellung abgelaufen ist und die Investition nicht durchgeführt wurde oder bei bereits durchgeführten Investitionen die Erhöhung erkennbar dem Ausgleich von nachträglichen Einkommenserhöhungen dient.
- **Erhöhung im Wirtschaftsjahr der Anschaffung oder Herstellung:** Ein Abzug im Wirtschaftsjahr der Anschaffung/Herstellung des begünstigten Wirtschaftsgutes ist nicht möglich. Dies gilt auch für die Erhöhung von Investitionsabzugsbeträgen.
- **Rückgängigmachung:** Bei Anschaffung oder Herstellung des begünstigten Wirtschaftsgutes sind die zuerst beanspruchten Teilabzugsbeträge vorrangig hinzuzurechnen. Soweit die insgesamt beanspruchten Investitionsabzugsbeträge für eine bestimmte Investition den Hinzurechnungsbetrag übersteigen und auch keine nachträglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten innerhalb des verbleibenden Investitionszeitraums anfallen, ist der verbleibende Investitionsabzugsbetrag rückgängig zu machen. Dabei sind die zuletzt beanspruchten Teilabzugsbeträge vorrangig rückabzuwickeln.

#### 4. Unterschiedliche Besteuerung von Erstattungs- und Nachzahlungszinsen vor dem Bundesverfassungsgericht

Führt die Festsetzung der Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen-, Umsatz- oder Gewerbesteuer zu Steuernachforderungen oder Steuererstattungen, sind diese zu verzinsen. Der Zinslauf beginnt 15 Monate nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Steuer entstanden ist.

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) sind Erstattungs-zinsen als steuerpflichtige Einnahmen im Rahmen der Einkünfte aus Kapitalvermögen zu erfassen. Nachzahlungszinsen sind hin-

gegen steuerlich nicht ansetzbar. Die Anordnung der Besteuerung der Erstattungs-zinsen als Einnahmen aus Kapitalvermögen durch den Gesetzgeber verstößt nach Auffassung des BFH im Vergleich zur Nichtabziehbarkeit der Nachzahlungszinsen weder gegen das Grundgesetz noch gegen das daraus folgende, an den Gesetzgeber gerichtete verfassungsrechtliche Gebot, einmal getroffene (steuerliche) Belastungsentscheidungen folgerichtig auszugestalten.

**Anmerkung:** Gegen diese Entscheidung wurde nunmehr beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerde unter dem Aktenzeichen 2 BvR 1711/15 eingelegt. Betroffene Steuerpflichtige sollten bei allen noch offenen Bescheiden Einspruch einlegen und das Ruhen des Verfahrens bis zur endgültigen Entscheidung beantragen.

#### 5. Verfassungsbeschwerden gegen das Alterseinkünftegesetz ohne Erfolg

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat 3 Verfassungsbeschwerden gegen das zum 1.1.2005 in Kraft getretene Alterseinkünftegesetz nicht zur Entscheidung angenommen. Somit blieben diese ohne Erfolg.

Nach den Neuregelungen des Alterseinkünftegesetzes findet ein Systemwechsel hin zu einer nachgelagerten Besteuerung statt. Demnach werden Renteneinkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung und aus berufsständischen Versorgungsgeldern – zunächst mit einem Anteil von 50 % und dann je nach Eintrittsalter bis 2040 graduell auf 100 % ansteigend – besteuert.

Nach Auffassung des BVerfG steht dem Gesetzgeber bei der Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen ein weiter Gestaltungsspielraum zu. Insbesondere hält das oberste deutsche Gericht es mit dem allgemeinen Gleichheitssatz vereinbar, dass er Renteneinkünfte aus den verschiedenen Basisversorgungsgeldern gleich behandelt, obwohl die hierfür bis 2004 geleisteten Beiträge

teilweise in unterschiedlichem Maße steu-  
erentlastet waren.

## **6. EuGH: Zur Umsatzsteueraufteilung bei gemischt genutztem Gebäude**

Verwendet der Unternehmer ein Grund-  
stück zum Teil für umsatzsteuerpflichtige  
und zum Teil für umsatzsteuerfreie Aus-  
führung von Umsätzen, die den Vor-  
steuerabzug ausschließen, so ist der Teil  
der Vorsteuerbeträge nicht abziehbar, der  
den zum Ausschluss vom Vorsteuerabzug  
führenden Umsätzen wirtschaftlich zuzu-  
rechnen ist.

Der Unternehmer kann die nicht abziehb-  
aren Teilbeträge im Wege einer sachge-  
rechten Schätzung ermitteln. Eine Ermitt-  
lung der Vorsteuerbeträge nach dem Ver-  
hältnis der Umsätze ist nach deutschem  
Recht nur zulässig, wenn keine andere  
wirtschaftliche Zurechnung möglich ist.  
Der Gesetzgeber fordert bei Gebäuden  
vielmehr eine Aufteilung nach Fläche, weil  
dies angeblich eine sachgerechtere Auf-  
teilung darstelle. Das bestätigte der Bun-  
desfinanzhof noch mit Urteil vom  
22.8.2013.

Diese Regelung aber widerspricht der Auf-  
fassung des Europäischen Gerichtshofs  
(EuGH). Dieser stellt in einer Rechtssache  
fest, dass die Befugnis der Mitgliedstaaten  
zum Erlass einer anderen Methode der  
Berechnung des Vorsteuerabzugs als des  
Umsatzschlüssels eingeschränkt ist. Die  
alternative Berechnungsmethode darf  
nicht zu einer allgemeinen Methode ge-  
macht werden, die vom Umsatzschlüssel  
abweicht. Des Weiteren muss die heran-  
gezogene alternative Methode eine „präzi-  
sere“ Bestimmung des Vorsteuerabzugs  
gewährleisten als die Bestimmung anhand  
des Umsatzschlüssels.

**Anmerkung:** Betroffene Steuerpflichtige  
sollten – wenn für sie der Umsatzschlüssel  
als Aufteilungsmaßstab vorteilhafter ist –  
diesen anwenden und sich auf die Ent-  
scheidung des EuGH berufen.

## **7. Befreiung von der Zweitwohnungs- steuer für aus beruflichen Gründen**

## **gehaltene Nebenwohnung eines Verheirateten**

Eine aus beruflichen Gründen in Hamburg  
gehaltene Nebenwohnung eines nicht  
dauernd getrennt lebenden Ehepartners  
ist unabhängig vom zeitlichen Umfang der  
Nutzung von der Zweitwohnungsteuer be-  
freit. Das hat der Bundesfinanzhof (BFH)  
mit Urteil vom 30.9.2015 festgelegt.

Im entschiedenen Fall hatte ein verheira-  
teter Steuerpflichtiger seinen Hauptwohn-  
sitz zunächst in Hamburg, wo er eine frei-  
berufliche Tätigkeit ausübte. Später ver-  
legte er seinen Hauptwohnsitz an den  
Wohnort seiner Ehefrau. Danach meldete  
er in Hamburg einen Nebenwohnsitz an,  
den er aus beruflichen Gründen an 2 bis 3  
Tagen in der Woche bewohnte. Das Fi-  
nanzamt setzte Zweitwohnungsteuer fest,  
weil es davon ausging, dass die Wohnung  
nur sporadisch und nicht überwiegend  
beruflich genutzt wird.

Nach Auffassung des BFH setzt der Wort-  
laut des Hamburgischen Zweitwohnung-  
steuergesetzes nur voraus, dass ein Ehe-  
partner die Wohnung aus überwiegend  
beruflichen Gründen innehat. Die Steuer-  
begünstigung hängt nicht davon ab, dass  
die Nebenwohnung in Hamburg von dem  
dort gemeldeten Ehepartner auch über-  
wiegend genutzt wird. Die aus der eheli-  
chen Lebensgemeinschaft resultierenden  
Verpflichtungen rechtfertigen eine Un-  
gleichbehandlung gegenüber un-  
verheirateten Personen.

**Anmerkung:** Das BFH-Urteil betrifft nicht  
nur Hamburg, sondern vermutlich alle  
Städte oder Gemeinden, die eine Zweit-  
wohnungssteuer erheben.

## **8. Kapitalabfindungen aus Direktver- sicherung und Sofortrenten sind krankenversicherungspflichtig**

Werden von freiwillig Versicherten Kapi-  
talleistungen aus einer vom Arbeitgeber  
abgeschlossenen Direktversicherung in  
eine Sofortrentenversicherung angelegt,  
sind sowohl die Kapitalleistung aus der  
Lebensversicherung als auch die Sofort-  
rente beitragspflichtig in der gesetzlichen

Kranken- und Pflegeversicherung. Das stellt das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz mit Urteil vom 3.12.2015 fest.

Im entschiedenen Fall legte ein freiwillig Versicherter die Kapitaleistung aus einer durch den Arbeitgeber abgeschlossenen Lebensversicherung in Form einer Direktversicherung in einer Sofortrentenversicherung an. Hierauf erhoben Kranken- und Pflegeversicherung Beiträge. Er machte geltend, dass die Kapitalabfindung ihm nicht ausgezahlt wurde, weil er fast den ganzen Betrag direkt in eine Sofortrentenversicherung investiert hat, durch welche ihm monatlich etwa 500 € ausgezahlt werden.

Die Krankenversicherung stellte sich nun auf den Standpunkt, der Versicherte müsse nicht nur die Beiträge für die Kapitalabfindung zahlen, sondern zusätzlich noch rund 74 € monatlich auf die Sofortrente.

Nach den auf gesetzlicher Grundlage erlassenen bundesweit geltenden „Beitragsverfahrensgrundsätzen Selbstzahler“ des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen sind sowohl die Kapitalabfindung als auch die Sofortrente beitragspflichtig, **weil es sich um zwei verschiedene Versicherungen handelt und nicht aus der ersten Versicherung nur eine Rentenzahlung anstelle einer Kapitalabfindung erlangt wurde.**

---

<b>Fälligkeitstermine</b>	<b>Fällig am</b>
Umsatzsteuer (mtl.) Lohn- u. Kirchenlohnsteuer, Soli-Zuschlag (mtl.) Einkommen-, Kirchen-, Körperschaftsteuer, Soli-Zuschlag	10.3.2016
Sozialversicherungsbeiträge	29.3.2016

---

<b>Basiszinssatz</b> nach § 247 Abs. 1 BGB maßgeblich für die Berechnung von Verzugszinsen	seit 1.1.2015 = - 0,83 % 1.7. – 31.12.2014 = - 0,73 % 1.1. – 30.6.2014 = - 0,63 %
---	---

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter:  
<http://www.bundesbank.de/Basiszinssatz>

---

<b>Verzugszinssatz</b> ab 1.1.2002: (§ 288 BGB)	<b>Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern:</b> Basiszinssatz + 5 Prozentpunkte Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern (abgeschlossen bis 28.7.2014): Basiszinssatz + 8 Prozentpunkte <b>Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern</b> (abgeschlossen ab 29.7.2014): Basiszinssatz + 9 Prozent- punkte zzgl. 40 € Pauschale
---	--

---

<b>Verbraucherpreisindex</b> (2010 = 100)	<b>2015:</b> Dezember = 107,0; November = 107,1; Oktober = 107,0; September = 107,0; August = 107,2; Juli = 107,2; Juni = 107,0; Mai = 107,1; April = 107,0; März 107,0; Februar = 106,5; Januar = 105,5
--	--

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter:  
<http://www.destatis.de - Konjunkturindikatoren - Verbraucherpreisindex>

---

Alle Beiträge sind nach bestem Wissen zusammengestellt. Eine Haftung für deren Inhalt kann jedoch nicht übernommen werden. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.